

Hartmut Elsenhans

Staat - Wirtschaft - Macht und die Zukunft des internationalen Systems

1. Wegen theoretischer Verwirrung über die Strukturen des derzeitigen internationalen Systems breitet sich Aktivismus aus. Er kann zum gemeinsamen Verlust des Vertrauens der Politiker in die Berechenbarkeit ihrer Partner führen.

Wenn Politiker immer öfter die Notwendigkeit klarer und mutiger politischer Führung hervorheben, sollte die Sozialwissenschaft zwei Hypothesen besonders beachten. Die erste sieht das mögliche Bestehen eines Bruchs zwischen der Lernbereitschaft von Gesellschaften, die zur Vermeidung großer Gefahren strukturelle Veränderungen im internationalen System akzeptieren müßten, und der Existenz solcher neuer Strukturen selbst. Hier erinnere ich an die bewundernswerte Führung General de Gaulles bei der französischen Entkolonialisierung in den 50er und frühen 60er Jahren, v.a. während des algerischen Befreiungskriegs, oder an Willy Brandts Führung in der bundesdeutschen Ostpolitik während der späten 60er und frühen 70er Jahre. Allerdings pflegen die Politiker das Thema notwendiger Führung auch dann, wenn sie gerade gar nicht sehen, welche neu auftauchenden Strukturen überhaupt zu berücksichtigen sind. Mir scheint, daß diese zweite Hypothese zur Beschreibung der aktuellen Situation zutreffend ist. Wie viele politische Erklärungen zeigen, geht dies mit dem Wiederauftauchen unbestimmter und schwer bestimmbarer Ängste einher. Was wird passieren, wenn Boris Jelzin in Rußland die Macht verliert? Muß der Westen den politischen Islam bekämpfen? Neue Kräfte zeigen sich in verschiedenen Gegenden des globalen Systems, die von den außenpolitischen Entscheidungsträgern nicht gekannt und deshalb zumindest zunächst nicht in den Kreis vertrauenswürdiger Akteure aufgenommen werden. In solchen Situationen entziehen sich die Entscheidungsträger geistig der Komplexität des internationalen Systems und seiner Teile und entwickeln eine enge Handlungsperspektive, die sie als nationales Interesse definieren, weil jetzt die frühere Wirkung des internationalen Systems, das nicht nur Zwänge, sondern auch Vertrauen in das Verhalten von Partnern schafft, sich nicht mehr entfaltet. Neue Spieler tauchen auf,

* Prof. Dr. Hartmut Elsenhans, Universität Leipzig; Überarbeitete Fassung eines Vortrages, gehalten im März 1993 in New Delhi unter dem Vorsitz von Dr. Abid Hussain, Vice Chairman, Rajiv Gandhi Institute of Contemporary Studies, New Dehli.

alte verschwinden, sodaß den Entscheidungsträgern das Verhalten von Partnern und Gegnern als immer weniger berechenbar erscheint.

2. Bei meinem Versuch einer Skizze einiger neuer Strukturen werde ich mich auf einen - wie mir scheint besonders wichtigen - Aspekt beschränken, der durch den häufigen Rückgriff auf Problemlagen der Vergangenheit verstellt war: ein allgemeiner Kampf um Renten zur Sicherung einer günstigen Position in der internationalen Arbeitsteilung durch Wettbewerbsvorteile in zukunftsweisenden Technologien, die durch Renten subventioniert werden. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen erhalten dadurch eine politische Dimension und werden durch staatliche Eingriffe nachhaltig bestimmt, ganz im Gegensatz zu den Hoffnungen und Erwartungen der Anhänger des Freihandels.

Alle, auch die industrialisierten Staaten der heute entwickelten Welt, werden versuchen, sich Renten anzueignen, um Produktion und Forschung in wegen ihrer hohen Technologie als zukunftsweisend angesehenen Branchen zu subventionieren. Ziel ist es, die eigene Stellung in der zukünftigen internationalen Arbeitsteilung zu verbessern. Dies wird das Hauptkennzeichen des neuen internationalen Systems sein. Fragen, wie die Rolle von ausländischen Direktinvestitionen oder die Vorhersage, daß die internationalen Hierarchien unveränderbar seien, werden für das Verhalten von Regierungen zweitrangig werden. Unabhängig von ihrer politischen Orientierung versuchen alle Regierungen, Auslandsinvestitionen anzulocken, deren Umfang immer schon gering war. Gegenüber 1,3 Billionen Auslandsschulden nehmen sich die 200 Milliarden Direktinvestitionen eher gering aus, auch deshalb weil bei Überweisungen an die Eigentümer erst einmal Gewinne und deshalb wirtschaftliche Ergebnisse erzielt werden müssen; anders als bei Schulden, wo Zinsen und Rückzahlungen auch im Fall wirtschaftlichen Mißerfolgs fällig werden. In der Vergangenheit war ungleiche Spezialisierung ein sehr wichtiger Kritikpunkt. Die Weltexporte wuchsen in der letzten Dekade um 65 Prozent, die der westlichen Industrieländer aber viel langsamer (plus 90 Prozent) als die Exporte der Dritten Welt (ohne Öl, plus 144 Prozent), trotz sinkender oder stagnierender Nachfrage (Mengen und Preise) nach Rohstoffen. Die Exporte verarbeiteter Produkte aus der Dritten Welt betragen 1980 116 Milliarden US-\$, 1990 411 Mrd. US-\$, wobei der Anteil der technisch anspruchsvolleren Produktgruppe „Maschinen und Transportausrüstungen“ von einem Viertel auf 36 Prozent stieg. Maschinenexporte aus den asiatischen Entwicklungsländern („Other Asia“, ohne China, Westasien - Ölländer, Türkei, Israel) haben sich verfünffacht, während die gleiche Produktgruppe im Export der westlichen Industrieländer nur auf das zweieinhalbfache stieg, und dies trotz des rasch expandierenden Handels zwischen den Industrieländern in der Folge des europäischen Integrationsprozesses. Eine Verbesserung der Spezialisierung bei Exporten durch vermehrte Ausfuhr höherwertiger Güter ist durchaus möglich. Manche folgern daraus sogar, daß es keine Dritte Welt mehr gäbe. Soll damit gesagt werden, daß die Dritte Welt nicht mehr eine politische Einheit ist, weil die zweite Welt zusammengebrochen sei, dann hat es wohl nie eine Dritte Welt gegeben. Sie war nie

ein homogener politischer Block. Soll damit aber gesagt werden, daß die Strukturen und die Stellung in der internationalen Arbeitsteilung immer unterschiedlicher geworden seien, dann muß auf große Unterschiede in den pro-Kopf-Einkommen für die ganze Zeit seit dem zweiten Weltkrieg verwiesen werden. Richtig ist, daß einigen Ländern, wie den neuen Industrieländern Südost- und Ostasiens, der Übergang in die entwickelte Welt gelungen ist. Für die übrigen gilt: Sie sind alle noch durch Marginalität gekennzeichnet. Große Teile der Bevölkerung können nicht so viel produzieren, wie sie für ihren Lebensunterhalt selbst bei niedrigsten Arbeitseinkommen benötigten, so daß sie von keinem kapitalistischen Unternehmer beschäftigt werden können. Die Annahme der herrschenden Wirtschaftstheorie und auch des Marxismus, daß menschliche Arbeitskraft stets mehr als die Subsistenzkosten, also ein Mehrprodukt, erwirtschaftet, stimmt eben nicht. Mit Lohnsenkungen auf das Subsistenzniveau kann Vollbeschäftigung dann nicht erreicht werden, auch wenn entsprechend der Keynesianischen Empfehlungen die Nachfrage erhöht würde. Kennzeichen von Unterentwicklung ist, daß Teile der Bevölkerung wegen fehlender Kenntnisse und Produktionskapazitäten bei Löhnen, die wenigstens die Subsistenz abdecken, weniger als ihre Kosten erwirtschaften und deshalb von kapitalistischen Unternehmern nicht beschäftigt werden können. Dies hängt offensichtlich mit der geringen Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft (Knappheit fruchtbarer Böden im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum) zusammen. Gibt es einen Überschuß in der Landwirtschaft, können bei niedrigem Konsumniveau immer Arbeitsplätze mit niedrigen Qualifikationsanforderungen außerhalb der Landwirtschaft geschaffen werden. Marginalität hat für alle Dritte-Welt-Länder gemeinsame Folgen: Die Mobilisierung der Marginalen zur Vertretung ihrer Interessen ist schwierig, weil sie nicht mit der Verweigerung von Arbeit drohen können. Sie produzieren sowieso keinen Überschuß und können mit Streiks niemanden wirtschaftlich schaden. Dies schränkt selbstverständlich auch die Möglichkeit beschäftigter Arbeitskräfte ein, ihre Interessen durchzusetzen. Außerdem schließt Marginalität nicht aus, daß beschäftigte Arbeit einen Überschuß produziert. Er kann sehr wohl größer sein als die Investitionsbedürfnisse kapitalistischer Unternehmer, die vielleicht Kapazitätserweiterungen entsprechend der Nachfrage nach mit Maschinen produzierten Produkten planen. Wegen der niedrigen Masseneinkommen werden die Chancen für Investitionen eher zurückhaltend beurteilt. Der Wachstum blockierende Zirkel aus niedrigen Einkommen und niedrigen Investitionen wird durch die Existenz eines Überschusses ergänzt, der nicht über den Markt, sondern nur über die Nichtmarktökonomie angeeignet werden kann. Dies ist die wirtschaftliche Grundlage für die Ausweitung des Staates in der Dritten Welt. Rente als wichtige Form der Aneignung des Überschusses und Marginalität sind die Kennzeichen der Dritten Welt. Verbesserte Exportmöglichkeiten, der Übergang einzelner bisher unterentwickelter Wirtschaften in Richtung Entwicklung, oder gar der Zusammenbruch des Realsozialismus haben diese Strukturmerkmale der Dritten Welt keineswegs verändert. Die auf diese Weise gekennzeichneten Wirtschaften sollte man schon als besondere wirtschaftliche

Strukturen oder Produktionsweisen erfassen, auch wenn diese in der herrschenden Wirtschaftstheorie oder im Marxismus gar nicht erfaßt werden.

3. Trotz und sogar wegen der wachsenden Internationalisierung der Produktion ist das zukünftige internationale System staatenzentriert, doch wird Souveränität häufig ein leeres Wort sein. Militärische Ressourcen werden wenigstens für die Großmächte an Bedeutung verlieren, aber auf lokaler Ebene wichtig bleiben, weil hier die Konflikte und die Zahl der Konfliktparteien abnehmen.

Das aus dem Westfälischen Frieden entstandene Staatensystem war durch den Überlebenskampf zwischen souveränen Staaten gekennzeichnet, die Allianzen zur Aufrechterhaltung des Mächtegleichgewichts ohne ideologische Rücksichten schlossen.

Mit der industriellen Revolution in Europa, den bürgerlichen politischen Veränderungen und der sozialen oder sozialistischen Integration der Armen in die Gesellschaften erhielt das Staatensystem eine ideologische Dimension. Hegemonialkämpfe erforderten seit der Französischen Revolution nicht nur militärische und ökonomische Ressourcen, sondern auch ideologische. Im Ergebnis führte dies zur Konfrontation zwischen zwei Supermächten mit sich wechselseitig ausschließenden Entwürfen für die Ordnung der Weltgesellschaft, dem Ost-West-Konflikt. Bei allen größeren Kriegen seit der Französischen Revolution ging es nicht nur um Landgewinn. Die verschiedenen Allianzen teilten stets auch eine Vision nicht nur über die zweckmäßige Ordnung des Staatensystems, sondern auch der teilnehmenden Staaten selbst, nicht erst im Ost-West-Konflikt, aber hier besonders deutlich.

Der Ost-West-Konflikt eröffnete dem Süden die Möglichkeit, sich aus diesem Gegensatz zurückzuziehen, weil jede Supermacht Neutralität der Parteinahme für den gegnerischen Block vorzog. Dies erlaubte die Einführung einer weiteren ideologischen Dimension in das internationale System: Gerechtigkeit für alle im weltwirtschaftlichen Wachstumsprozeß und - nach zunächst eher beschränkten Forderungen - den Entwurf einer Neuen Weltwirtschaftsordnung.

Nach dem Niedergang des Ost-West-Konflikts gibt es zwei mögliche Lösungen: Die Rückkehr zum alten System des Gleichgewichts mit regionalen Subsystemen, die von regionalen Führungsmächten beherrscht werden, oder eine internationale Ordnung, deren Rechtsnormen von allen größeren Mächten nachhaltig unterstützt werden.

Die Rückkehr zum System des Mächtegleichgewichts ist wegen des erreichten Standards der Internationalisierung von Wirtschaft, Information und Kultur wenig wahrscheinlich. Der Nationalstaat kann nur noch dort auf nachhaltige Loyalität hoffen, wo benachteiligte Teile der Bevölkerung mit dem Instrumentarium dieses Staates erreichen wollen, an der, in die letzten geographischen Winkel wenigstens als Vorstellung eindringenden, westlichen Konsumgesellschaft teilzuhaben. Weil diese Segnungen sich real langsamer als in der Form des Wissens darüber ausbreiten, werden neue Formen „antiwestlicher“ Bewegungen den Versuch übernehmen, durch Kontrolle der Institutionen der Nichtmarktökonomie, im internationalen System legal zulässige Zugriffsrechte auf Einkommen für die eigene materielle Besserstellung

zu erlangen, Dies soll auf der Grundlage „nationaler“, ethnischer oder auch religiöser Solidarität erfolgen. Der Staat ist dabei eine wichtige Institution der Nichtmarktökonomie. Noch wichtiger ist, daß die Internationalisierung verbindliche Rechtsnormen erfordert, die auch bei einer weiteren Ausweitung der Reichweite internationaler Abkommen nicht ohne die Normsetzungskompetenz von „nationalen“ Regierungen für einen territorial klar definierten Geltungsbereich auskommen können. Es wird keine Weltregierung geben können, die nationale Regierungen bei dieser Aufgabe völlig oder auch nur weitgehend ersetzen könnte. Internationalisierung und eine wachsende Rolle des „Nationalstaats“ gehören zusammen. Dieser steht dann aber unter dem Einfluß lokaler und international operierender, auch ausländischer Akteure, so daß er durch international vereinbarte Normen und internationale Regierungen und Nichtregierungsinstitutionen eingeschränkt ist. Die Arrangements für die Zusammenarbeit zwischen transnational operierenden Akteuren, territorial beschränkten Regierungen und internationalen Regierungen und Nichtregierungsinstitutionen dürften instabil sein und sich je nach Regulierungsbereich unterscheiden. Bei so dicht verflochtenen Interessen haben die Mächtigen kein Interesse an der Vergrößerung ihrer Ressourcen durch militärische Aktivitäten. Schon die beiden großen Kriege des zwanzigsten Jahrhunderts waren Folge von dramatischen Fehlkalkulationen außerordentlich schlecht informierter (nämlich deutscher) Eliten, so daß mit einer Wiederholung, (die sich niemand wird leisten wollen) nicht zu rechnen ist. Selbst die Konfrontation zwischen den beiden Supermächten nach 1945 führte aus Angst vor Eskalation nicht zu militärischen Konflikten; keine Macht war zur Anwendung von militärischer Macht auf lokaler Ebene bereit, solange die Zurückhaltung der gegnerischen Supermacht nicht erwartet werden durfte. Wegen der mit Kriegen heute verbundenen Gefahren sind nichtmilitärische Mittel rentabler. Wegen der erzwungenen Zurückhaltung der Großen können kleinere Mächte viel mit Gewalt erreichen. Das müssen nicht nur territorial definierte Staaten sein. Transnational organisierte Banden, wie die Mafia, werden, wenn auch nicht legal, Akteure im internationalen System. Der Drogenhandel ist heute mit 250-300 Mrd. US-\$ größer als der Ölexport oder der Schuldendienst der ganzen Dritten Welt und erlaubt zweifellos die Unterhaltung militärischer Ressourcen. Die rivalisierenden Clans in Somalia oder die ethnischen Gruppen im früheren Jugoslawien können für ihre begrenzten Interessen mit Gewinn Gewalt so lange einsetzen, wie dies nicht die konzertierte Intervention der größeren Mächte herbeiruft.

Die Aufrechterhaltung von Ordnung wird dann sehr schwer, auch wenn ein großer Krieg wohl nicht zu erwarten ist. Dagegen ist mit fortdauernde Gewalt auf lokaler Ebene ohne größeren Konflikt zwischen größeren Mächten zu rechnen.

4. Das zukünftige internationale System ist nicht kapitalistisch. Es kommt zu keiner Ersetzung politischer Konflikte durch gewaltfreie Marktsteuerung in der Folge eines Übergangs vorkapitalistischer zu kapitalistischen Systemen. Vielmehr wird die Schwäche von Arbeit zur Dominanz von Renten und damit zu politischen Interventionen in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen führen.

Gegen die Hoffnung auf eine weltweite Marktökonomie als Folge des Niedergangs des Ost-West-Konflikts, in der alle Länder Wachstum und Vollbeschäftigung mit Beseitigung von Armut im Süden erreichen können, spricht, daß nicht allzuviele Länder im Süden tatsächlich zum Kapitalismus übergehen. Kapitalismus ist nicht nur Wirtschaftsfreiheit, sondern auch Einschränkung der Aneignung von Überschuß auf eine einzige Form, nämlich den Wettbewerb auf Märkten. Damit entspricht der Umfang der Profite für alle Unternehmer gemeinsam den Nettoinvestitionen (minus dem Sparen der Arbeiter und dem Verbrauch der Unternehmer). Wenn Kapitalisten keine Nettoinvestitionen vornehmen, gibt es für sie keinen Profit. Deshalb beruht Kapitalismus auf wachsenden Massenmärkten, die kapazitätserweiternde Investitionen rentabel werden lassen. Profit und steigende Masseneinkommen gehören zusammen. Zwar gibt es einen Streit zwischen den Schulen über die Ursachen, nicht aber über die Tatsache steigender Reallöhne im Kapitalismus, wobei als Gründe entweder der Lohndrift oder die Kämpfe der Arbeiter gelten. Autonom kann die „Zivilgesellschaft“ dann werden, wenn die Arbeiter aufgrund ihrer unmittelbaren, selbstsüchtigen Interessen durch höhere Löhne Nettoinvestitionen der Kapitalisten hervorrufen, die durch Nachfrage nach Arbeit im Fall geringer Beschäftigungslosigkeit wieder zum Anstieg der Reallöhne führen, und die Kapitalisten aufgrund ihrer selbstsüchtigen, unmittelbaren Interessen an Akkumulation Beschäftigung in einem Umfang schaffen, bei dem sich der Lohndrift auswirken kann. Kapitalismus hängt also nicht von Kapitalakkumulation primär ab. Hohe und wachsende ausgewiesene Werte des Kapitalstocks sind eine Illusion, weil selbstverständlich neue Investitionsgüter von Arbeitern produziert wurden, die höhere Reallöhne erhielten, als die Produzenten früherer Investitionsgüter. Dividiert man den westdeutschen Kapitalstock mit dem Index der Reallohnsteigerungen, dann blieb sein „Arbeitswert“ nahezu konstant.

Wenn weltweit hunderte von Millionen Menschen auch bei Subsistenzeinkommen nicht beschäftigt werden können, besteht keine Chance auf steigende Masseneinkommen als Folge von Lohndrift oder Tarifkonflikten, obwohl weltweit die Produktionskapazität ansteigen wird und damit der Überschuß wächst. Dieser kann weder von Kapitalisten noch von Lohnarbeitern angeeignet werden. Kapitalisten können Überschuß als Profit über den Wettbewerb nur durch kapazitätserweiternde Investitionen aneignen. Diese hängen wiederum von den Absatzmöglichkeiten ab. Unqualifizierte Arbeiter können keine Lohnerhöhungen durchsetzen, wenn Marginale bereit sind, zu den alten Lohnsätzen ihre Arbeit zu übernehmen. Alle anderen Klassen brauchen Monopole (monopolitische Macht), um sich Überschuß anzueignen. Hier ist das Tor, durch das regierungsförmige Akteure zur Aneignung von Überschuß gelangen, da dieser sonst nicht angeeignet werden kann und jetzt für Zwecke verwendet wird, die nicht durch den Markt bewertet und deshalb in der Folge politischer Auseinandersetzungen ausgewählt werden. Diese Form von der Aneignung von Überschuß, der dann nicht die Form von Profit annimmt, erfordert weder einkommenschaffende Nettoinvestitionen, um Nachfrage nach den Produk-

ten zu erzeugen, die mit ihrer Hilfe erstellt werden, noch Wettbewerbsfähigkeit, sondern nur politische Macht. Zwischen Rente und steigenden Masseneinkommen besteht deshalb ein fundamentaler Gegensatz. Anders als Profit kann Rente auch dann dauerhaft angeeignet werden, wenn die Masseneinkommen abgesenkt werden. In den meisten Ländern des Südens sind wachsende Massenmärkte durch produktive Beschäftigung der Armen und deren Eingliederung in den Produktionsprozeß nicht zu erwarten, so daß sich keine Tendenz zur Vollbeschäftigung und steigenden Reallöhnen entwickelt, auch wenn auf wenigen geschützten Arbeitsmärkten Reallohnsteigerungen möglich sein sollten. Die Bessergestellten betreiben weiter Rentenaneignung und die Errichtung von Monopolen, ohne gezwungen zu sein, verfügbaren Überschuß produktiv zu investieren. Auch wenn sie verbal für die Prinzipien von Marktwirtschaft eintreten, brauchen die Bessergestellten weiterhin „Regierungen“ oder andere monopolistische Stützen. Manche Anpassungsprogramme der Weltbank waren deshalb nur bei der Zerschlagung staatlicher Monopole erfolgreich, da diese durch private ersetzt wurden. Weiterhin werden die Regierungen in die außenwirtschaftlichen Beziehungen eingreifen. Hier gibt es dann dauernd Möglichkeiten für internationale Konflikte. Politik bleibt also weiterhin wichtig.

5. Eingriffe von Regierungen in die Wirtschaft sind umso wahrscheinlicher, als die bisher angenommene Stabilität der Ränge in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung sich als brüchig erweist.

Aufholen und Überholen ist und wird zunehmend möglich. Ricardo empfahl auch dem fortgeschrittensten Land Spezialisierung. England sollte seine Weinproduktion aufgeben, weil bei Bekleidung sein Produktivitätsvorsprung gegenüber Portugal höher als bei Wein war. Selten wurde dabei eine grundlegende Annahme diskutiert, nämlich, daß England durch die Spezialisierung auf Textilien in Zukunft weiterhin bei neuen Technologien Wettbewerbsvorteile gegenüber Portugal haben werde, da die Textilproduktion für den technischen Fortschritt günstiger als der Weinbau sei. Ersetzen wir in Ricardos Modell England durch Deutschland, Portugal durch Singapur, Textilien durch Werkzeugmaschinen und Wein durch Computer sowie Erzeugnisse der Mikroelektronik. Vielleicht ist Deutschland bei beiden Produktgruppen Singapur überlegen, doch dürfte der Vorsprung bei Werkzeugmaschinen höher sein, so daß Deutschland nach dem Gesetz der Spezialisierung entsprechend dem komparativen Vorteil, die zukunftsträgigere Computerproduktion aufgeben müßte. Nur wegen des erreichten höheren Vorsprungs bei einer „alten“ Produktionsgruppe müßte Deutschland auf eine Zukunftsbranche verzichten, wo es vielleicht sogar auch einen Vorsprung hat. Kein Industrieland wird eine solch ungünstige Spezialisierung akzeptieren. Deutschland wird vielmehr Ressourcen aus der eigenen Wirtschaft mobilisieren, um seine Zukunftsbranchen zu sichern. Auch die fortgeschrittensten Wirtschaften werden dann nicht auf staatliche Stützungsmaßnahmen verzichten, wenn ihr komparativer Kostenvorteil nicht mehr bei den in der Zukunft für technischen Fortschritt entscheidenden Branchen liegt. Der baden-württembergische „Späth“-Kapitalismus ist die Anwendung dieses Prinzips. Zwischen der durch die

Ölrente subventionierten Diversifizierung der Wirtschaft in einem Ölland wie Venezuela und dieser Form der Subventionierung neuer zukunftsträchtiger Branchen aus den Erlösen alter, wenn auch industrieller Branchen besteht kein grundlegender wirtschaftlicher Unterschied. Diese Notwendigkeit der Umverteilung von Ressourcen entgegen dem kurzfristigen Rentabilitätsgefüge, nicht die Knappheit von Ressourcen, liegt den in den Industrieländern offiziell vorgebrachten Forderungen der politischen Führer nach größeren Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der industriellen Führungsposition des Landes zugrunde, auch wenn dies von diesen Führern meist nicht verstanden wird.

6. Die Umlenkung von Ressourcen zur Aufrechterhaltung einer günstigen Position in der internationalen Arbeitsteilung erfordert staatliche Interventionen. Deren Effizienz hängt von den Mustern der Kooperation zwischen Regierung, Unternehmen und Arbeit ab. Einige Muster sind erfolgreicher bei der Förderung von Wachstum als andere.

Verhättschelung von Unternehmern und Schutz heimischer Märkte begrenzen Wettbewerb und fördern nicht an sich schon Innovation. Stützung für neue Technologien hat aber eine dieser beiden Formen. Entweder man zahlt aus den Einkommen alter Branchen Subventionen oder sichert wenigstens die lokalen Märkte für die Zukunftsbranchen. Westliche Regierungen nutzen schon heute beide Instrumente extensiv, um ihren Zukunftsbranchen einen guten Platz auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Dabei hängt der Erfolg weniger von der Quantität als der Qualität der Förderung ab. Schutz von Märkten, Exportförderung und parallel zur Produktivitätsentwicklung steigende Masseneinkommen zuhause erfordern das Zusammenwirken von Regierung, Arbeit und Unternehmern. Eine hohe Homogenität der Nachfrage mit großen Märkten für neue Produkte paßt zum Interesse von Arbeit an hohen Löhnen und kann zu Formen der Konfliktaustragung führen, bei denen Streiks und Beeinträchtigungen von Investitionen und Produktion gering bleiben. Japans Erfolg bei dieser Form von Konfliktbewältigung ist hier ebenso wie die deutsche soziale Marktwirtschaft zu nennen, die Mitursache für die wirtschaftliche Führungsstellung Deutschlands in Westeuropa gewesen war. Wo die Arbeiterbewegung, wie in Frankreich und Italiens, sich nicht in ein solches Konzept der Kooperation einfügte, verliert sie heute dramatisch an Einfluß. Hierher gehört auch die sogenannte Krise der Sozialdemokratie in Westeuropa, deren Konfliktaustragungsmodell möglicherweise gegenüber den neuen Formen in Ostasien unterlegen ist.

Die bloße Kappung des Einflusses und der organisatorischen Stärke der Arbeiterbewegung führt aber noch nicht zu einem effizienten Arrangement zwischen Arbeit, Unternehmen und Regierung. In einigen Gesellschaften wird Innovation vielleicht durch neo-korporativistische Zusammenarbeit begünstigt. In anderen werden neue Bewegungen entstehen, die sogar das Ziel von Produktivitätssteigerungen bekämpfen und dann zum Niedergang ihrer Wirtschaften beitragen. Der Zwang zur Nachahmung der sozialen und politischen Arrangements in den technisch führenden Ländern nimmt zu. Soziale Modelle werden in die „Peripherie“

exportiert und dort je nach den Erfahrungen der Konfliktparteien aus der Vergangenheit, also dem sogenannten kulturellen Erbe, angepaßt. Einige dieser Erbschaften sind abgewandelt zur Innovation geeigneter als andere.

7. Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes wird das Scheitern der Regierungen der Dritten Welt bei der Errichtung neo-korporatistischer, entwicklungsfördernder Arrangements deutlich.

Innerhalb der heute üblichen Kritik am Entwicklungsstaat der Dritten Welt, die ich hier nicht wiederholen möchte, wäre der Irrtum der Eliten der Dritten Welt hervorzuheben, daß hohe Raten der Kapitalakkumulation und hohe Investitionsquoten am Bruttosozialprodukt schon Wachstum garantierten. Staat und Staatsbetriebe vergeblich häufig als Investitionen deklarierte Ressourcen (oft zur Erweiterung der Beschäftigung mit dem Hinweis auf hohe Arbeitslosigkeit). Mit dem Ende des Ost-West Konfliktes verschwindet die Rente zwar nicht, wie oben gezeigt, doch vermindert sich ihr Umfang, v.a. im Hinblick auf die wachsenden Finanzierungsbedürfnisse des Staatssektors. Die Souveränitätsrente, die der Westen für politische Unterstützung oder wenigstens Neutralität in seinem Gegensatz zu dem Osten bezahlte, gibt es nicht mehr. Gleichzeitig verliert die Opposition der von der unmittelbaren Machtausübung ausgeschlossenen Segmente der Staatsklassen das Argument, daß in ihrem jeweiligen Land das etatistische Wachstumsmodell nur wegen der Unfähigkeit und Korruption der derzeit Verantwortlichen in Schwierigkeiten sei, aber - wie die „erfolgreichen Beispiele des Ostblocks“ zeigten, „funktionstüchtig“ sei, so daß es durchaus beibehalten werden sollte.

Der Entwicklungsstaat der Dritten Welt verliert gleichzeitig Ressourcen und Legitimität gerade zu einem Zeitpunkt, wo Finanzierungsbedürfnisse und Ressourcen wegen geringer Produktivität des Staatssektors immer weiter auseinanderklaffen. Damit kann die weitere Kooptation neu auftauchender sozialer Kräfte und von Mitgliedern aus der alten Rekrutierungsbasis der Staatsklassen, den Mittelschichten mit Bildung, nicht mehr finanziert werden. Wer früher auf einen Arbeitsplatz bei der Regierung hoffte, sieht jetzt, daß er seinen relativen Einkommensvorsprung gegenüber der Masse der Bevölkerung nur noch außerhalb des Staatssektors sichern kann. Mittelschichten, die früher direkt vom Entwicklungsstaat profitierten, sehen jetzt als ihre einzige Chance den Aufbau kleiner Privatunternehmen; die Städte Indiens oder Nordafrikas sind voller GmbHs (englisch: Private Ltd., S.A.R.L.), die auf Familienallianzen beruhen. Ausgeschlossen vom staatlich finanzierten Sektor betrachten diese neuen Mittelklassen den Staat sowie die ihn stützenden und von ihm alimentierten Kräfte als Parasiten, die ihnen die (nicht immer) als Steuer abgezackten Ressourcen verbrauchen, die sie selbst viel besser nutzen könnten. Um für ihr politisches, gesellschaftliches und ökonomisches Projekt Hegemonie zu erreichen, berufen sich diese zu Marktorientierung verurteilten neuen Mittelklassen auf traditionelle Werte, besonders auf die Religion. Alle westlichen Modelle sind in den Augen der Marginalen diskreditiert. Religion spricht die Unterprivilegierten anders an als jedes präzise Wirtschaftsprogramm, unabhängig von der (sehr unter-

schiedlichen) Stellung im Produktionsprozeß, und rechtfertigt das Eigentum besser als jede wirtschaftswissenschaftliche Theorie, wobei für dieses Eigentum in der Religion stets nur sehr weiche soziale Verpflichtungen bestehen. Aus diesen drei Gründen ist die Religion für die neuen Mittelklassen, die private Bereicherung anstreben, attraktiv. Hier liegt die Ursache für die als Fundamentalismus angesprochene politische Rolle der Religion, nicht nur im islamischen Raum oder in Indien, sondern offenbar auch im buddhistischen Südostasien. Von einer wachsenden Marktorientierung der Mittelklassen ist deshalb keine bürgerliche politische Revolution zu erwarten, keine Allianz zwischen Besitzlosen und von privilegierten Eigentümerklassen, und auch keine politische Demokratie des Typs der Französischen Revolution. Errichtet werden Regime, die das Eigentum nicht nur durch einen Rechtsrahmen für Wachstum und Wettbewerb, sondern auch gegen Umverteilungsansprüche der Armen schützen, so daß keine wachsenden Massenmärkte entstehen.

8. „Fundamentalismus“ beeinflusst nachhaltig die Beziehungen innerhalb der Dritten Welt und führt zu Konflikten.

Es gibt noch drei neue Entwicklungen in der Folge der Ablösung der alten staatsorientierten, ein säkulares Entwicklungsprojekt verfolgenden Eliten durch die neuen an traditionellen Werten orientierten Mittelklassen. Dies sind das Ende des entwicklungspolitischen „Dialogs“ in den internationalen Beziehungen, eine Rückkehr zu traditionellen Mustern der Beziehungen zwischen Staaten im Nord-Süd-Verhältnis und ein Ende des politischen Zusammenhalts der Dritten Welt.

Die Eliten, die für die Länder des Südens die politische Unabhängigkeit erkämpft hatten, suchten ihre Legitimität auf ein säkulares Projekt der Förderung von Wirtschaftswachstum, letztlich der Industrialisierung zu gründen. Eine Klasse, die sich auf Religion stützt, wird wahrscheinlich die Armen überzeugen wollen, daß der Staat für ihre Armut nicht verantwortlich ist und Anstrengungen zu deren Beseitigung auf einige Institutionen der Fürsorge begrenzen. Dies ist vor allem dann zu erwarten, wenn solche Institutionen von den aufsteigenden neuen Mittelklassen eingesetzt werden, um die Armen in ihre Organisationen einzubinden. Die neuen Mittelklassen werden sich davor hüten, umfassende Entwicklungskonzepte vorzulegen, an denen sie gemessen werden könnten.

In ihren Beziehungen zum Westen kehren die neuen Mittelklassen zu traditionellen Formen des diplomatischen Verkehrs zurück: keine westlichen Vorschläge zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme im Süden. Die historisch einzigartige Situation nach dem Ende des Kolonialsystems, als ein Teil der Welt sich in wie immer engen Grenzen für das Wohlergehen des übrigen Teils verantwortlich fühlte, ist vorüber. Im Norden wird weiterhin über die Armen des Südens gesprochen und wohlmeinende Nächstenliebe geübt. Die Regierungen des Südens setzen dem enge Grenzen und werden entgegen, daß ihre Menschen aufgrund ihrer Kultur andere Bedürfnisse hätten, die befriedigt seien, und mehr materieller Wohlstand in ihrer Kultur unangemessen sei. Der diplomatische Verkehr beschränkt sich auf das Alltagsgeschäft, das wegen der Einbindung des Südens in

die Internationalisierung von Produktion und Information zunehmend komplexer wird.

Die Zusammenarbeit innerhalb der Dritten Welt nimmt ab, da im Unterschied zu den noch regierenden alten Staatsklassen, die neu auftretenden Mittelklassen nicht mehr den kulturunspezifischen Ansatz teilen, der sich unter dem Eindruck der dramatisch fallenden *terms of trade* in der Depression der 30er Jahre entwickelte und nachdem der Westen für die Unterentwicklung verantwortlich sei (durch Ausbeutung etc.). Dieser Ansatz hatte die Bildung der großen grenzüberschreitenden Koalitionen erlaubt, die national und auch in internationaler Kooperation die politische Unabhängigkeit vom Westen und das Ende des Kolonialsystems durchgesetzt hatten und anschließend bei dem Versuch, nach der Veränderung der politischen auch die ökonomischen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden zu verändern, durchaus eng zusammenarbeiteten. Dabei war das Projekt einer Neuen Weltwirtschaftsordnung nur das umfassendste unter solchen Projekten. Die neuen Eliten gründen ihre Legitimität auf Religion und Tradition, so daß sie sich schwerlich über ein säkulares Projekt der vorrangigen Entwicklung der Wirtschaft einigen können, das auf der Umverteilung von Ressourcen aus dem Norden auf den Süden beruhen könnte. Zudem werden die Gewinne aus solchen gemeinsamen „Fronten“ abnehmen. Nach den Ölpreissteigerungen der 70er Jahre überzeugte der Westen einflußreiche Ölländer, daß die Ölpreise dann gefährdet wären, wenn westliche Kaufkraft durch weitere Kartelle bei anderen Rohstoffen zusätzlich in den Süden umgelenkt werde. Bei der Verschuldungskrise kam schon keine Front der betroffenen Länder mehr zustande, noch die Unterstützung seitens nicht betroffener Länder - die für diesen Fall um ihre Kreditwürdigkeit bangten, auch keine Unterstützung seitens der Länder des damals noch mit dem Westen rivalisierenden sowjetischen Lagers. Sinken die Vorteile, die aus solchen Koalitionen zu ziehen sind, sinkt auch die Bereitschaft, in solche Unternehmungen zu investieren. Den marktorientierten neuen Mittelklassen mit religiösem Hintergrund kann ich deshalb wenig wirtschaftlichen Erfolg voraussagen. Sie hängen zu sehr an ihren Eigentumsrechten, als daß sie zu deren Umverteilung, selbst wo notwendig, wie für Agrarreformen, bereit wären und werden Märkte deshalb vor allem im Export suchen. Heute schon verdienen sie, dank westlicher Handelshemmnisse, Quotenrenten, die sie manchmal für den Einstieg in die Produktion höherwertiger Produkte investieren, wo der Marktzugang noch nicht beschränkt ist. Quotenrenten entstehen dadurch, daß die Produktionskosten der Anbieter aus der Dritten Welt niedriger sind, als die der Grenzanbieter aus den Industrieländern, die den Preis bestimmen, da die Anbieter aus den Entwicklungsländern nicht die Mengen erhöhen dürfen. Rentenaneignung erfordert politische Eingriffe, Rentenverwendung aber dann keine Wirtschaftsplanung, wenn nur Exporte subventioniert werden. Wachsende politische Interventionen in die Außenwirtschaftsbeziehungen im Süden führen zu Gegenmaßnahmen im Norden, der die „disruption“ der Märkte nicht akzeptieren will, noch muß.

9. In einer Welt, in der jeder seine Stellung in der internationalen Arbeitsteilung

durch Förderung von Zukunftsbranchen verbessern will, wird die absolute Größe einer Wirtschaft wegen des Umfangs des Binnenmarktes, der geschützt werden kann, wichtig.

Viele Förderungsmaßnahmen lassen sich mit GATT-Regeln vereinbaren. Man braucht nicht die zu fördernde Branche schützen. Man kann nicht erwünschte Branchen stärker besteuern, wie bei einer Exportsteuer auf eine hochproduktive, aber wenig technische Innovation auslösende Textilindustrie, wobei die Steuersätze für die vielversprechenderen Branchen sinken können oder dem dann niedrigeren wirtschaftlichen Durchschnitt entsprechen. Die Verteuerung des derzeitigen Exportrenners „Textilprodukte“ führt zu Abwertung und macht die neuen vielversprechenden Branchen auf dem Binnenmarkt, vielleicht sogar auf dem Weltmarkt, wettbewerbsfähig. Eine hohe Mehrwertsteuer verteuert nur auf dem Binnenmarkt verkaufte Produkte und erlaubt niedrige Exportpreise, wenn die Exportprodukte verteuerten Steuern zurückgefahren werden. Dies ist unter GATT-Regeln völlig legal. Je größer die Wirtschaft, auf die eine solche Exportoffensive aufbauen kann, desto geringer die Lasten für die übrigen Wirtschaftssubjekte.

Hilferding hat gezeigt, wie durch unterschiedliche Preise auf Binnen- und Weltmarkt Preisvorteile geschaffen werden können, die dann über Absatzsteigerungen auf dem Weltmarkt auch zu technischer Innovation und zu „economies of scale“ und zu für Konkurrenten nicht mehr einzuholenden „Kostenvorteilen“ führen. Man verkauft auf dem Weltmarkt billiger als zu den Durchschnittskosten und teurer als zu den Grenzkosten. Bei den meisten Hochtechnologieprodukten reichen bei der überwiegenden Zahl der Fälle nationale Binnenmärkte als Basis für eine solche Strategie nicht aus.

Ökonomisch gibt es eine Nation, wenn beteiligte Regionen den Vorsprung anderer als Vorteil für sich selbst sehen, weil Produktivitätsgewinne umverteilt werden und Zuwanderung in den Wachstumspol so leicht ist, daß die Arbeitseinkommen in den zurückbleibenden Regionen nachhaltig steigen, auch wenn gleiches Niveau nicht unbedingt erreicht wird. Marx ging von einer weltweiten Ausgleichstendenz aus, so daß Nation und Menschheit identisch (zunächst in der Ausbeutung) wurden und die Weltwirtschaft dann, als national nicht segmentiert angesehen wurde (was dasselbe ist). Wenn Kapitalismus aber soziale und politische Arrangements über den Markt hinaus braucht, von denen technischer Fortschritt abhängt, der dann auch nicht mehr regional völlig mobil ist, werden auch die für solche Arrangements konstitutiven Solidaritätsgefühle territorial beschränkt. Dies zeigt sich in der wachsenden Ablehnung gegenüber Migranten in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern im Unterschied zum 19. Jahrhundert. Die wirtschaftliche Lage von Arbeitern wird eben nicht mehr durch die für die Reproduktion ihrer Arbeitskraft notwendigen Subsistenzkosten bestimmt, die auch Zuwanderern bezahlt werden müßten, sondern von Reallöhnen, die mit der Rente das Charakteristikum teilen, daß sie in einem allerdings breiten ökonomischen Verteilungsrahmen politisch ausgehandelt werden. Der Aufbau von Nationen auf neuen, breiteren territorialen und kulturellen Grundlagen

wird damit immer schwerer. Die Auseinandersetzungen über faire Arbeitsstandards im Rahmen der Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses zeigt, wie schwer die Herstellung transnationaler Solidarität von Arbeit ist.

Regionale Gruppierungen werden deshalb zunehmend wichtig. Ihre Konstituierung muß nicht immer friedlich erfolgen. Regionale Führungsmächte werden regionale Kooperation entweder durch Abkommen oder durch „überredenden Druck“ durchsetzen, wobei angesichts der Gefahr der Eskalation militärischer Konflikte die auf globaler Ebene führenden Mächte sich gegenüber regionalen Führungsmächten zurückhalten.

Erneut werden Irredentismus und auf mehr oder weniger objektive Gemeinsamkeiten abstellendes Expansionsstreben, das grenzüberschreitend Ansprüche auf die Zugehörigkeit fremder Gebiete zum eigenen Staatsgebiet rechtfertigt, eine Rolle spielen. Die bestehenden Staaten sind häufig kulturell und ethnisch heterogen. Solange ihre herrschenden Staatsklassen ein kulturunspezifisches, säkulares Entwicklungsprojekt verfolgten, konnten sie das Prinzip der Unveränderbarkeit der Grenzen akzeptieren. Mit der neuen Grundlage von Legitimität der neuen Mittelklassen, der Tradition, ist zu erwarten, daß das Erfordernis der Größe des Wirtschaftsgebiets rasch zu Konflikten über Grenzen führen wird.

10. Ich vermag kein „Ende der Geschichte“ zu sehen, bei dem die Menschheit einen nicht mehr grundlegend verbesserbaren Zustand mit politischen Pluralismus und freier Marktwirtschaft erreicht hat. Vielmehr erwarte ich eine politisierte Weltwirtschaft, in der regionale Mächte zur Eindämmung von Konflikten zusammenwirken und Renten zur Bewahrung und Verbesserung ihrer Position in der internationalen Arbeitsteilung einsetzen.

Im Kampf um die Gewinnung von Wettbewerbsvorsprüngen und den Einsatz von Renten nimmt die Rivalität der Staaten zu, ohne daß die Kriegsgefahr zunähme. Die mächtigeren Nationen konzertieren sich, um „unvernünftige“ Mächte vom Zugang zu den Massenvernichtungsmitteln fernzuhalten.

Internationalisierung dauert fort, wobei dazu komplementäre Regionalisierung nicht auf den Abschluß von Regionen gegenüber der Außenwelt sondern auf die Verbesserung der Stellung einzelner ihrer Mitglieder in der internationalen Arbeitsteilung zielt. Der Internationalisierungsprozeß unterliegt dabei widersprüchlichen Steuerungsversuchen, die auf einer Vielzahl von Ebenen (nationale Regierungen, aber auch internationale Foren und internationale Organisationen) ansetzen. Transnationale Unternehmen können sich dieser Struktur gut anpassen, sind sie doch an regional unterschiedliche Produktionsbedingungen und Preise gewöhnt, auch wenn sie durch ihre Strategie der weltweiten Nutzung von Ressourcen zu einem Prozeß der Vereinheitlichung beitragen. Für Entscheidungen müssen viele Akteure unterschiedlicher Qualität und Herkunft zusammenwirken. Keiner kann allein sinnvolle Entscheidungen treffen, doch sind beim Zugang zum Aushandlungsprozeß nicht alle in einer vergleichbar günstigen Lage. Das Prinzip „eine Person - eine Stimme“ wird ausgehöhlt. Kräfte, die am erfolgreichsten transnationale, globale, regionale und

lokale Beziehungen mit anderen Kräften herstellen können, haben größeren Einfluß. Die Tendenzen zur Vereinheitlichung, die in einem reinen System der Marktkonkurrenz wirksam sind und Unternehmen zur bloßen Preis- und Qualitätskonkurrenz auf Märkten zwingen sowie das Kapital in seinem Konflikt mit den Konsumenten einem einheitlich gültigen Lohnsatz unterwerfen, werden sich nur noch gebrochen durchsetzen können, nämlich mediatisiert durch eine nach Regionen unterschiedliche Vielzahl von Kräften.

Die einflußreichsten Akteure werden nicht durch den Markt kontrolliert, sondern Renten aneignen und damit im Mittelpunkt von Allianzen vielfältiger Art stehen. Wahrscheinlich muß man, um zu dieser Gruppe von Akteuren zu gehören, über die Möglichkeit verfügen, auf einem territorial definierten Gebiet verbindlich Normen setzen zu können, also ein Staat zu sein. Solche Staaten haben wenig mit den Staaten gemein, die aus der bürgerlichen Revolution entstanden sind und sich auf die Herstellung eines Ordnungsrahmens für Produktion beschränkten, sowie unter der Kontrolle der bürgerlichen Gesellschaft und damit der Herrschaft des allgemein geltenden Gesetzes standen.

In der Weltgeschichte finde ich eine offensichtliche Ähnlichkeit zwischen den beschriebenen Konstellationen und den Strukturen des alten mittelalterlichen Europas, die wegen des Fehlens rationaler Organisation als feudal bezeichnet werden. Globale, regionale und lokale Instanzen waren miteinander verflochten und in unterschiedlichen Gebieten auf verschiedene Weise über- und untereinander geschichtet, ohne in der Lage zu sein, klare Kompetenzabgrenzungen für alle verpflichtende Entscheidungen ohne vorherige Aushandlung mit den Beteiligten zu finden. In einem solchen System gibt es weder staatliche Souveränität noch demokratische Legitimität.

Auch sind hier einige Regionen in einer besseren Lage sich durchzusetzen. In diesen besser platzierten Regionen werden wir neo-korporatische Arrangements antreffen, die deshalb relativ erfolgreich sind, weil zur Verteilung zwischen Kapital und Arbeit mehr Ressourcen zur Verfügung stehen, die in der Folge technisch bestimmter Monopolrenten aufgrund höherer Innovationsfähigkeit entsprechend der Theorie des Produktzyklus entstehen. Neue Polarisierungsprozesse im Weltsystem sind Folge der Fähigkeit solcher Regionen, kostengünstiger technischen und notwendigen sozialen Wandel zu erreichen als in Regionen, in denen solche Konzentrationen wegen enger Verteilungsspielräume schwierig wird. Hier werden die sozialen und ökonomischen Grundlagen für fortdauernde Vorsprünge laufend reproduziert, während in den schwächeren Regionen nichtanpassungsfähige Strukturen einfach zerstört werden. Jede Region versucht sich in sozialem „engineering“ um aufzuholen. Eine solche Struktur ist relativ weit von der staatsfreien bürgerlichen Gesellschaft entfernt, die die Unabhängigkeit des Individuums anerkannte. Sie ist aber auch von der Staatenmechanik des Westfälischen Systems verschieden, beruht sie doch auf der Internationalisierung der internen Prozesse ihrer Mitglieder, ohne daß sich eine dominante Tendenz zu Homogenität herausbilden würde. Alle Pro-

zesse sind ineinander verstrickt ohne Dominanz des Marktes, der Kapital und Arbeit homogen machen würde. Vielmehr hängen diese Prozesse so miteinander zusammen, daß überall mit dem Ziel des technischen Aufholens Möglichkeiten zur Aneignung und zum Einsatz von Renten bestehen, so daß die Rente zur dominanten Form des Überschusses wird. Nirgends dürfte die Möglichkeit entstehen, durch Einsatz politischer Macht an einer überschaubaren Zahl von Ansatzpunkten diese Struktur zu verändern, weil sich Konstellationen auf unterer und mittlerer Ebene diesem Einwirken erfolgreich entziehen. Mit einem solchen System ist der Umgang schwierig, weil alle Entscheidungsprozesse von instabilen Allianzen abhängen, die nie so umfassend sein werden, daß ein nachhaltiger Einfluß von der Makroebene aus zur Transformation der Gesamtstruktur eingesetzt werden kann. Gradualismus herrscht vor. Mit solchen begrenzten Koalitionen können häufig nur Ergebnisse erzielt werden, die vorstellbare rationalere Lösungen in der Zukunft verbauen, weil kleine Schritte zu diesen auf der Mikro und Meso-Ebene den dort dominanten Koalitionen nicht interessant erscheinen und ihre spätere Beteiligung an den Ergebnissen der besseren Lösung nicht ausreichend verbindlich zugesichert werden kann.

Dies ist zum Vergleich zu den Hoffnungen, die einige intellektuelle Persönlichkeiten vom letzten Sieg des Pluralismus, der bürgerlichen Demokratie und der freien Marktwirtschaft über Staatswirtschaft und Einparteiendiktatur hegten, eine bedrohliche Perspektive. Auch ich finde diese Perspektive nicht attraktiv. Sie ist aber auch nicht unvermeidlich. Dafür müßte sich jedoch weltweit Kapitalismus, wie ich ihn definiert habe, nämlich als Autonomie bürgerlicher Gesellschaft aufgrund der durch wachsenden Masseneinkommen gesicherten Unabhängigkeit der Mehrzahl der Unternehmer von staatlicher Stützung durchsetzen lassen. Dies erfordert die Überwindung von Marginalität und damit die Ausstattung der Armen, die noch nicht so viel produzieren können, wie sie zum Überleben benötigen, mit Zugriffsrechten auf Einkommen. Marginalität kann nur überwunden werden, wenn in den von Marginalität betroffenen Ländern die Umverteilung von Eigentumsrechten, insbesondere an landwirtschaftlich produktivem Land, zugunsten der Armen, oder Umverteilung von Einkommen in der Art der Englischen Armengesetze durchgesetzt werden kann, die den Armen ein Anrecht auf Subsistenz zu Lasten des Überschusses gaben, der durch die Beschäftigung von produktiverer Arbeit erwirtschaftet wurde (und nicht ihren eigenen Arbeitgebern Kosten verursachte).

Die Alternativen für das heutige Weltsystem sind weder eine Art hypothetischer Sozialismus noch ein räuberischer Kapitalismus. Die Auseinandersetzungen erfolgen nach meiner Ansicht zwischen den Kräften, die Marktkonkurrenz und Sozialreform, Profit und Masseneinkommen als miteinander unzertrennlich verbunden sehen, und den Kräften, die weiterhin glauben, Kapitalismus sei gebunden an Reichtum und Ungleichheit, aber letztlich die Vorherrschaft des Profits untergraben und dabei die Vorherrschaft der Rente zumindest unbewußt fördern, oft dabei auch bewußt anstreben.